



RUNDBRIEF der Internationalen Frauenliga für Frieden und Frei- heit – November 2011



Foto: IFFF-Workshop BUKO/München

Liebe IFFF-Frauen und FreundInnen,
seit Mai 2008 hat uns Dr. Nina Althoff als
Geschäftsführerin unterstützt. Ich danke ihr
herzlich für ihr Engagement, ihre Begeiste-
rungsfähigkeit, ihre guten Ideen und ihre
zuverlässige Zuarbeit. Ich bin sehr froh
darüber, dass sie uns ehrenamtlich verbun-
den bleibt und uns weiterhin beim Thema
„Menschenrechte“ berät.

Ich freue mich auch schon auf die Zusammenarbeit mit unserer neuen Geschäftsführerin,
Dr. phil. Eva-Maria Hinterhuber, die im September ihre Arbeit für uns aufgenommen hat.
Sie hat diesen Rundbrief mitgestaltet und wird sich euch selbst vorstellen.

Noch vor einer Woche hätte ich eine solche Satire für übertrieben gehalten: Während die
traumatisierten Überlebenden der Schiffskatastrophe von Lampedusa wegen illegaler
Einwanderung angeklagt werden, erklärt man die Toten zu ItalienerInnen und gibt ihnen
ein teures Staatsbegräbnis? Die EU verspricht Maßnahmen und verstärkt deshalb Fron-
tex, deren Überwachungsmaßnahmen die Flüchtlinge erst zwingen, sich unsicheren Boo-
ten anzuvertrauen? Bundesinnenminister Friedrich behauptet, Deutschland hätte schon so
viele Flüchtlinge aufgenommen, und verschweigt, dass die meisten nur illegal ins Land
kommen konnten – und überhaupt sind alle sehr betroffen, immerhin 49% der Deutschen
sind dafür, mehr Flüchtlinge aufzunehmen, aber sobald in der Nachbarschaft ein Asylbe-
werberheim entstehen soll, bilden sich Bürgerinitiativen? Dazu Barbara Lochbihler (Vor-
sitzende des Menschenrechtsausschusses der EU, frühere WILPF-Generalsekretärin) in
der Augsburger Zeitung: „Herr Friedrich sollte aufhören, Nebelkerzen zu werfen. Natürlich
sind Schlepperbanden kriminell und müssen strafrechtlich verfolgt werden. Aber dieses
illegale Geschäft gibt es nur, weil in der EU bis heute keine taugliche Migrations- und
Flüchtlingspolitik entwickelt wurde... Gäbe es adäquate Migrationsregelungen, hätten Ar-
beitssuchende nicht das Risiko dieser gefährlichen Reise.“

“Wir wollen heute unsere Stimme erheben gegen eine unmenschliche Neuheit, welche die
Wissenschaft zu perfektionieren bestrebt ist, was bedeutet, sie immer mörderischer und zu



immer raffinierterer Grausamkeit weiterzuentwickeln. Es handelt sich um die Anwendung von Erstickungs- und Giftgasen, deren Einsatz sich, so scheint es, zu bisher unvorstellbaren Ausmaßen steigert“ – so lautete ein Aufruf des Roten Kreuzes 1918, dem sich die IFFF-Frauen auf ihrem Berner Kongress im April 1918 anschlossen (zitiert nach Gerit von Leitner, „Wollen wir unsere Hände in Unschuld waschen?“, Berlin 1998). Im Januar 1929 organisierte die IFFF eine Internationale Konferenz über die modernen Kriegsmethoden und den Schutz der Zivilbevölkerung in Frankfurt, die Schweizer Chemikerin Gertrud Woker warnte eindringlich vor chemischen Waffen, gegen die es keinen Schutz gäbe. Grausam aktuell sind diese Sätze noch 84 Jahre später angesichts des schrecklichen vielfachen Giftgasmordes in Syrien, womöglich mit aus Deutschland gelieferten Chemikalien. Die WILPF-Erklärung vom September 2013 zu Syrien findet ihr unter folgendem Link: <http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/no-war-in-syria.html>.

Anfang Mai stellte ich in München auf dem Kongress der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) in München die deutsche „Aktion-Aufschrei“ vor sowie unsere internationale Kampagne „You Get What You Pay For“.

Vom 30. Mai bis 2. Juni nahm ich am Kongress der IPPNW „Zielscheibe Mensch“ teil, wo Ärzte etwa aus Südafrika, Kenia, Sambia, El Salvador und aus dem Iran über die Auswirkungen von Kleinwaffen berichteten und schreckliche Bilder von Schussverletzungen zeigten. Mit den Musikern der Lebenslaute demonstrierten wir bei strömendem Regen vor den Werkstoren von Heckler und Koch. In einer Presseerklärung dazu ließ der größte Kleinwaffenexporteur der Welt erklären, dass unsere Friedensarbeit ohne seine Waffen nicht möglich sei. Besonders zynisch fand ich den Satz: „Wir bedauern jedes Opfer von kriegerischen Auseinandersetzungen“.

Jasmin Nario-Galace von den Philippinen zeigte auf, dass Gewehre in besonderer Weise das Leben von Frauen und Mädchen gefährden und geschlechtsbasierte Gewalt ermöglichen, u. a. Mord, sexuellen Missbrauch, Vergewaltigung, Zwangsprostitution und Frauenhandel. Im Wahlkampf 2009 wurden auf einmal 57 Menschen erschossen. Fünf der 21 Frauen waren zudem vergewaltigt und im Genitalbereich verletzt worden. Die Untersuchung von 93 Kleinwaffenmorden an Frauen (2010 – 5/2013) ergab, dass 25 % der Frauen aus politischen Gründen, 10 % bei Raubüberfällen und ebenso viele im Streit getötet worden waren, die Hälfte wurde auf öffentlichen Plätzen erschossen, ein Drittel der Frauen zu Hause. 97 % der Täter waren männlich, davon 6 % Partner. Im Durchschnitt überlebte höchstens ein Drittel der Frauen einen Angriff mit einem Gewehr. Jasmin Galace zitierte eine Zeitzeugin aus Sierra Leone – dort waren in den Jahren 1991 bis 2002 etwa 64 000 Frauen vergewaltigt worden: „Sie hielten Gewehre an unsere Kehlen und Bäuche, um sicher zu sein, dass wir ihre Befehle befolgten.“

Am 26. September nahm der UN-Sicherheitsrat die Resolution 2117 an. Sie führt aus, welche große Rolle Kleinwaffen in kriegerischen Auseinandersetzungen spielen und betont, dass unverhältnismäßig oft mit ihrer Hilfe Gewalt gegen Frauen und Mädchen ausgeübt wird. Die Resolution fordert, dass Frauen und ihre Organisationen unbedingt gleichberechtigt in Abrüstungsverhandlungen sowie alle politischen Prozesse einbezogen werden müssen, die geeignet sind, illegalen Waffenhandel und Missbrauch von Waffen zu unterbinden.



Anfang September gab die Bundesregierung auf Anfrage des MdB der Linken Jan van Aken zu, dass sie im Jahr 2012 Kleinwaffenverkäufe in Höhe von 76,15 Mio. Euro (2011: 37,9 Mio.) genehmigt hatten. Anfang September wurde dann bekannt, dass die Verteidigungsexperten der CDU-CSU-Fraktion im Bundestag eine Ausweitung der Rüstungsexporte fordern sowie „Stolz auf die Wehrtechnik.“ Als ich auf dem internationalen Workshop „Zukunft der Abrüstungskontrolle“ Anfang September in Berlin war, zu dem die Heinrich-Böll-Stiftung, die Stiftung Wissenschaft und Politik sowie das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg eingeladen hatten, lobte der Beauftragte der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle Rolf Nickel Deutschland als weltweiten Anwalt für Abrüstung und beteuerte, „Global Zero“, die totale nukleare Abrüstung, sei das Ziel der Bundesregierung. Er sprach nicht davon, dass Deutschland der viertgrößte Rüstungsexporteur der Welt ist, und erwähnte auch nicht, dass laut Beschluss der NATO vom Mai 2012 die 20 in Büchel in der Eifel lagernden US-Atomsprenköpfe bleiben und modernisiert werden sollen.



Foto: Frauen blockieren das Tor 1 - gut bewacht

Ich hatte für die IFFF zur 24-Stunden-Blockade im August in Büchel aufgerufen und habe auch einige Ligafrauen dort getroffen, u. a. unsere frühere WILPF-Geschäftsführerin Susi Snyder. Ich hielt mit vielen anderen Frauen vor dem Frauentor Wache oder betreute die Mahnwache. Marion Küpker von der Aktionsgruppe der Gewaltfreien Aktion Atomwaffen Abschaffen (GAAA) hatte von der New Japan Women's Association eine Nagasaki-Flamme erhalten, die dort gehütet wurde. Ihren ausführlichen Bericht findet ihr unter

<http://atomwaffenfrei.wordpress.com/2013/08/28/sternschnuppen-uber-buchel/>

Rebecca Johnson berichtete vom jahrelangen Widerstand der Frauen von Greenham Common gegen die Stationierung von Atomraketen. Auf der vom Militär aufgestellten Betonsperre sahen wir unter einem Sommerhimmel voller Sternschnuppen ein Video von den beeindruckenden Aktionen der britischen Frauen im englischen Winter. Die Blockade blieb friedlich und es gab keine Festnahmen, aber ein Strafverfahren gegen Hermann Theisen aus Heidelberg, der ein eigenes Flugblatt verfasst hatte und zu 30 Tagessätzen verurteilt wurde. Viele Mitglieder des Kampagnenrates haben daraufhin beschlossen, sich selbst anzuzeigen, darunter auch ich.

<http://www.wilpf.de/cms/upload/pdf/2013/Selbstanzeige.IH.pdf>

Als nächstes werden wir den kommenden Koalitionsvertrag kritisch begleiten. Die Gedenkjahre 2014 (100 Jahre I. Weltkrieg) und 2015 (100 Jahre WILPF) werfen ihre Schatten voraus, dazu gab es ein Arbeitstreffen in München, an dem auch Eva Hinterhuber und Anne Ley teilgenommen haben. Die Münchnerinnen planen im kommenden Jahr eine



Veranstaltungsreihe zu Friedensfrauen und haben jetzt monatliche Arbeitstreffen beschlossen. Auch die Geschichtsbroschüre steht kurz vor der Fertigstellung. Als Motto haben wir uns den Aufruf unserer Gründerinnen auf dem Kongress in Den Haag 1915 ausgewählt: „unaufhörlich für einen gerechten und dauernden Frieden zu wirken.“

Für euer unaufhörliches Engagement,
eure Zeit, eure Ideen dankt euch ganz herzlich

Irmgard Hofer

**Unsere neue Geschäftsführerin stellt sich vor:
Dr. Eva Maria Hinterhuber**

Liebe Ligafrauen und Freundinnen der IFFF!

Über meinen Antritt als neue Geschäftsführerin bei der IFFF in der Nachfolge von Dr. Nina Althoff freue ich mich sehr. Ich kann mich noch genau erinnern, wann ich zum ersten Mal von WILPF gehört habe: Während eines Studienaufenthalts in Genf las ich vom Frauenfriedenszug von Helsinki zur UN-Frauenkonferenz in Peking 1995. Bis heute bin ich sehr beeindruckt von diesem sichtbaren Zeichen von Frauen gegen Gewalt und Krieg.



Das Engagement insbesondere von Frauen gegen Krieg und Militär und für die Unterstützung gewaltfreier Ansätze der Konfliktbearbeitung liegt mir bereits sehr lange am Herzen. Ein Grund, dass ich in den 1990er Jahren von der Universität in Innsbruck, meinem Geburtsort, zum Studium nach Berlin gewechselt bin, bestand darin, dass ich am Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität den inhaltlichen Schwerpunkt auf Gender Studies und Friedens- und Konfliktforschung legen konnte.

Dabei habe ich nach Möglichkeit versucht, Theorie und Praxis zu verbinden: Meine Diplomarbeit widmete sich nach einem mehrmonatigem Praktikum vor Ort der pazifistischen Frauenorganisation der „Soldatenmütter St. Petersburg“ (Russland). Seither habe ich regelmäßig zu Themen aus der feministischen Friedens- und Konfliktforschung veröffentlicht, so zuletzt ein gemeinsam mit Sarah Clasen und Jutta Bieringer, herausgegebenes Schwerpunktheft der „Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft“ mit dem Titel „Peace matters. Leerstellen in der feministischen Friedens- und Konfliktforschung“. Bei meiner Lehrtätigkeit, u.a. am European University Center for Peace Studies in Stadtschlaining (Österreich), waren mir die Themenfelder „Gender and War“ und „Gender and Human Rights“ ein besonderes Anliegen. Meine Doktorarbeit an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder galt schließlich ebenfalls dem zivilgesellschaftlichen Engagement von Frauen – hier im Bereich Sozialwesen in Russland im Kontext des Transformationsprozesses.



Im NGO-Bereich war ich jahrelang bei OWEN – Mobile Akademie für Geschlechterdemokratie und Friedensförderung e.V. aktiv: Im Rahmen des Projekts OMNIBUS Linie 1325 zu Methoden für die Integration der Genderperspektive in zivile Konfliktbearbeitung und Friedensarbeit, das sich an TeilnehmerInnen aus Deutschland und verschiedenen kaukasischen Staaten wandte, war ich gemeinsam mit Andrea Hapke verantwortlich für die Module „Gender in Konfliktodynamiken und Friedensaktivitäten im Kaukasus“.

Vor dem Hintergrund, dass die bestehenden Geschlechterverhältnisse zum Erhalt des herrschenden Systems des Unfriedens beitragen, können die Strategien von Frauen für dessen Überwindung nicht vielfältig genug sein. Dabei muss die Antwort auf die Frage, „ob wir ein größeres Stück eines verdorbenen Kuchens haben, oder ob wir die Zutaten verändern wollen“ (Vivienne Taylor), meines Erachtens ganz klar mit dem Ziel der Veränderung der Strukturen beantwortet werden. Den langen Atem, die Geduld und Unermüdlichkeit, mit dem sich Friedensfrauen weltweit – nicht zuletzt in WILPF – diesem Ziel verschrieben haben, bewundere ich sehr.

Einen ersten Einblick in die IFFF konnte ich auf dem Internationalen Seminar „The missing gender link. Rechtliche Aufarbeitung und Versöhnungsprozesse nach Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen gegen Frauen“ Ende Juni in Berlin, hier insbesondere bei Heidi Meinzolts Vortrag, bei dem Wochenendseminar im September in München, bei Treffen und Veranstaltungen im Rahmen des Frauensicherheitsrats, bei einer Stippvisite im Kontext einer Vortragsreise nach Genf im internationalen Büro im Oktober sowie im Rahmen des privaten Besuchs unserer internationalen Präsidentin Adilia Caravaca kürzlich in Berlin gewinnen. Ich danke meiner Vorgängerin Nina Althoff, dem Vorstand Irmgard Hofer, Helga Kröger und Anne Ley-Schalles sowie der Münchner Gruppe für den herzlichen Empfang und die Geduld beim Einarbeiten. Ich freue mich auf die gemeinsame Arbeit und auf das Kennenlernen! Zu erreichen bin ich über folgende Kontaktdaten: Tel.: 030/8248515, Mobil: 0179/7656237, E-Mail: eva.hinterhuber@web.de, hinterhuber@wilpf.de.

Herzliche Grüße

Eva Maria Hinterhuber



Forschungsprojekt:

Eleonore Romberg und die (deutsche) Frauenfriedensbewegung, 1970-1992.

Der lange Weg zur Schaffung einer geschlechtergerechten Friedenskultur.

Kooperation mit der Stiftung Archiv der deutschen Frauenbewegung in Kassel

Dr. Susanne Hertrampf

In diesem Forschungsprojekt soll vor allem Eleonore Rombergs Engagement als internationale Vizepräsidentin der WILPF (1970-1972), als deren internationale Präsidentin (1972-1974 und 1986-1992) und ihr politisches Handeln als bayerische Abgeordnete untersucht werden. Es soll gefragt werden, wie sie in einer Phase, wo um die Demokratisierung Westdeutschlands gerungen wurde – begleitet von gesellschaftlichen Protesten und staatlicher Verhärtung –, ihr Engagement für Frieden UND Freiheit auf kommunaler, nationaler und internationaler Ebene gestaltet hat, und wie ihr Umfeld darauf reagierte.

Diese Frage stellt sich vor der historischen Ausgangslage, dass friedenspolitisches Engagement in Westdeutschland lange unter dem Vorwurf des Kommunismus stand und vor allem weibliche Mitglieder in den Friedensbewegungen ein „unpolitischer“ bzw. „emotionaler“ Umgang mit dem Thema vorgeworfen wurde. Wie Eleonore Romberg mit dieser Zuschreibung ihres Engagements umgegangen ist, soll ebenso untersucht werden wie ihre Vorstellungen von einer friedlichen Demokratie.

ZeithistorikerInnen beschreiben den hier vorgestellten Untersuchungszeitraum als Phase einer gesamtgesellschaftlich geglückten Liberalisierung. Darauf bezogen soll geklärt werden, ob das Engagement von Eleonore Romberg als Friedensaktivistin wie auch als Bayerische Abgeordnete mit ihrem Denken und Handeln nicht so sehr unter dem Stichwort der nationalen Liberalisierung gefasst werden kann, sondern vielmehr von einer Transnationalisierung, in dem Frieden und Freiheit losgelöst von politischen Richtungen, nationalstaatlichem Denken und konkreten nationalen Politischen Institutionen, gesprochen werden muss. Darüber hinaus soll auch gefragt werden, ob dieses Handeln typisch war für eine weibliche Friedensarbeit in dieser Zeit.

Die gleiche Frage stellt sich auch für das geschlechterspezifische Denken von Eleonore Romberg, denn hier zeigt sich ebenfalls, dass sie für ihre emanzipatorischen und demokratischen Ansätze innerhalb politischer Institution – wie den Bayerischen Landtag – in den 1980er Jahre kaum Anerkennung erhielt. Auch hier zeichnet sich ab, dass die Liberalisierungsthese Rombergs geschlechterspezifischen Ansatz – deutlich zu machen, auf was für eine besondere Art und Weise Frauen von Gewalt und Krieg betroffen sind – nicht adäquat erfasst. Ziel dieses Forschungsvorhaben ist daher zum einen, die Tragweite der Liberalisierungsthese an einem Fallbeispiel auszuloten. Zum anderen soll aber auch geklärt werden, wie Eleonore Romberg kommunales, nationales und transnationales Denken und Handeln miteinander verflochten hat, mit dem Ziel eine geschlechtergerechte Friedens- und Freiheitskultur zu schaffen und damit einen Wandel des Politischen zu bewirken. Inwieweit diese Art zu denken und zu handeln als ein weibliches Demokratieverständnis verstanden und hier von einer politischen Praxis der Transnationalisierung gesprochen werden kann, soll abschließend geklärt werden.



40 Jahre Deutschland in den Vereinten Nationen Empfang im Auswärtigen Amt am 18. September 2013

Helga Kröger



vLnR: H. Fritze, H.-D. Genscher, D. Dzembritzki, E. Bahr, K. Töpfer
Berlin, 29.10.2013 H. Kröger

Bei wahrscheinlich einem seiner letzten Empfänge als Außenminister betonte Herr Westerwelle die Notwendigkeit der Umstrukturierung und Neuausrichtung der Vereinten Nationen. So sei es u. a. sehr wichtig, dass Lateinamerika, Afrika und Asien ständige Sitze erhielten. Er versicherte, dass Deutschland weiterhin eine wichtige Rolle in den Vereinten Nationen spielen werde,

sich dabei aber eher zurückhaltend zeigen sollte, mit dem Schwerpunkt auf diplomatische, politische Lösungen. Die frühere VN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Mary Robinson, kam als Sondergesandte des VN-Generalsekretärs für die großen Seen und betonte bzw. wünschte sich in ihrer Rede mehr die Führungsrolle, die Deutschland einnehmen sollte. Den bisher größten Erfolg der UN sehen sie in den Standards, die entwickelt wurden: Menschenrechte, Resolutionen etc.

In der Podiumsdiskussion kam neben den „Zeitzeugen“ Hans-Dietrich Genscher, Egon Bahr und Klaus Töpfer auch eine ehemalige Jugenddelegierte der VN, Heidrun Fritze, zu Wort und berichtete über eine Befragung unter Jugendlichen in Deutschland zu den Vereinten Nationen. Im Ergebnis zeigte sich, dass die UN nicht bekannt ist in Schulen, obwohl gerade integrierte Systeme aufgrund von UN- Standards gelebt würden. Es gebe wenig Informationen über die aktuelle Flüchtlingspolitik, Deutschland als UN-Standort in Bonn sei wenig präsent und die UN Politik insgesamt zu wenig verankert im Bewusstsein der Bevölkerung.

Egon Bahr ging auf die eingangs von Guido Westerwelle genannten diskriminierenden Bestimmungen gegenüber andere Länder ein und führte diese auf Unzulänglichkeiten in der Charta zurück, mit denen wir aber leben werden müssten. Er äußerte große Sorge im Hinblick auf Veränderungen der Charta: Der Anfang von Änderungen der Charta würde seiner Meinung nach ausufern und das zum Nachteil der gesamten VN... wir sollten eher so handeln, als ob die o.g. Länder bereits einbezogen seien, trotz aller Unzulänglichkeiten! Im weiteren Verlauf gaben die Zeitzeugen einige Anekdoten aus der Zeit des Beitritts beider deutscher Staaten preis und betonten u.a., dass dieser Beitritt ein erster Schritt in Richtung Wiedervereinigung gewesen sei. Ich hätte es interessant gefunden, noch mehr über zukunftsgerichtete Aktionen zu erfahren, wie eben der Umgang mit der Bildungslücke VN, trotzdem waren die Auskünfte der Zeitzeugen sehr informativ. Der Wermutstropfen



kam im Anschluss: Während wir dem feierlichen Empfang beiwohnten, ging „draußen“ die Pressemitteilung über die deutschen Chemikalien-Exporte nach Syrien raus....

Internationales zum Rundbrief

Heidi Meinzolt

1. Ich habe in der Nachfolge zum IB-meeting in Madrid an einer 6-monatigen internationalen ad-hoc-Arbeitsgruppe teilgenommen, deren Aufgabe es war, die Organisation von WILPF zu durchforsten und hinsichtlich der Anforderungen für die Zukunft zu überprüfen. Herausgekommen sind, nach einer Umfrage bei allen Sektionen über Probleme und neue Herausforderungen und einer sorgfältigen Analyse bestehender Modelle von internationalen Frauen- und Friedensorganisationen, eine Reihe von Empfehlungen in den Bereichen "Kultur, Kommunikation, verstärkte Regionalisierung, nachhaltige Finanzierung". Es war eine außergewöhnlich konstruktive und bereichernde Arbeit. Ich selbst habe mit Lyn Lane aus Australien Vorschläge zur Regionalisierung formuliert, die davon ausgehen, dass es darin einen echten Mehrwert gibt.

Ein Ausschnitt: What might be an additional value?

- Members (feel it is very important to) meet from time to time personally and also internationally – beyond branch and section meetings;
- Strengthening regional networks will enable members to gain a greater awareness of special characteristics of their region, and to support new, emerging or struggling Sections;
- Providing a regional meeting point for individual International members;
- Encouraging regions that share a language in common to exchange translated materials as well as campaign information;
- Regional meetings can collect ideas linked to political challenges in the region, initiate common activities and campaigns focussing on specific and often quite different conditions of political involvement: democratic representation, war and conflict zone, women in politics, links to NGO-community, etc.
- Cultural differences could be bridged easier in a region before the discussion comes back (and forward) to the international level – which should not be avoided!
- Communication and liaison between Sections, the International Board and the Secretariat might be easier if regional coordinators put some issues/discussions together as a kind of transmitter;
- Regions could also overlap and put energies together according to the issues discussed. It should not be a closed concept but transparent and open;
- Expediting information sharing and gathering for WILPF International Office; in particular for campaigns and special activities.

Den detaillierten Bericht kann ich gerne allen Interessierten zuschicken.

2. WILPF international hat im Juni eine sehr gute und differenzierte Syrienresolution herausgebracht, in der es u.a. heißt:

"In accordance with our constitutional mandate to bring together women of different political beliefs and philosophies who are united in their determination to study, make known



and help abolish the causes and legitimization of war; even if the aspiration of having a consensual understanding of the root causes of this Syrian war is not fulfilled, we may share our ideas of it, and agree to put our energies into finding way to contribute to its end."

3. Die Freundinnen aus Italien haben ganz aktuell eine Resolution zu Lampedusa in die internationale Diskussion eingebracht, die Anlass für eine verstärkte Diskussion und Engagement von WILPF in Europa sein kann. Ein europäisches Treffen (oder IB) mit diesem Schwerpunkt im Spätsommer in Italien ist angedacht. Fundraising dafür steht an. Wir werden die Resolution auf unserer Webseite zum Download anbieten.

4. Europäische WILPF Events sind geplant im Vorfeld der Europawahlen – möglichst in Kooperation bzw. angelehnt an eine Veranstaltung mit der HBS in Berlin (laut Gitti Hentschel soll um die Fragen gehen, "unter Bezug auf die frauen-/geschlechterpolitischen Errungenschaften von Europas Verfassung bzw. wie europäische Frauen-/Geschlechterpolitik weiter zu entwickeln ist, Herausforderungen, Probleme und Perspektiven").

5. Außerdem haben wir einen Workshop mit internationaler Beteiligung an der Friedenskonferenz in Sarajevo angemeldet – näheres dazu später.

Friedensfrauen.

In der Rubrik „Friedensfrauen“ stellen wir in jedem Rundbrief eine Friedensfrau der IFFF vor. Danke an die IFFF-Frauen Brigitte Schuchard und Anne Ley-Schalles für doe Texte und Bilder. In dieser Ausgabe:

Maxi Besold (November 1921 – November 2007)



Maximiliane Therese Schwaiger wurde am 7. November 1921 im Münchner Arbeiterviertel Haidhausen geboren. Der Vater arbeitete als Heizer im Muffatwerk, die Mutter als Aushilfsverkäuferin. Zu Hause und in der Schule machte sie früh die Erfahrung, was es heißt, ein Arbeiterkind zu sein. Die Zeit des Nationalsozialismus und der Krieg brachten für die Familie viele Gefahren: Die Mutter, eine überzeugte Sozialistin und engagiertes Mitglied der Münchner Arbeiterbewegung, sorgte dafür, dass ihre Kinder von der NS-Ideologie nicht verführt wurden; sie nahm ihre größere Tochter

mit, wenn sie gegen Hitlers Wahl in Haidhausen und Ramersdorf, wo sie jeder kannte, Flugblätter verteilte und rief: "Wer Hitler wählt, wählt Krieg!" Sie landeten auf der Polizei, der Beamte ließ sie aber wieder laufen.

Um nicht zum BDM, dem Bund Deutscher Mädels, zu müssen, meldete sie sich als Schwesterhelferin beim Roten Kreuz, machte eine Lehre als kaufmännische Angestellte und



arbeitete danach als Kontoristin bei der Volksfürsorge, bis sie in der Graphitfabrik Kropfmühle kriegsverpflichtet wurde. Zum Ende des Krieges wurde sie noch als „Soldatin“ zum Anmalen von Flugzeugen mit Tarnfarben am Fliegerhorst Feldmoching eingesetzt. Sie erlebte die schweren Bombenangriffe in München, ihr Weg zur Arbeit, zu Fuß durch die ganze Stadt, ging mitten durch brennende Trümmerberge. Noch kurz vor Kriegsende verunglückte der Vater als Soldat tödlich.

Maxi Besold war zwar in ihrem politischen Denken geprägt durch die eigene Familiengeschichte während der Nazizeit, aber ihr historisch-politisches Interesse reichte weit darüber hinaus. An der Seite ihrer selbstständigen Mutter ging auch sie nach dem Krieg beruflich und politisch ihren eigenen, unabhängigen Weg. Noch 1945 arbeitete sie bei den Jungsozialisten mit und trat der neu gegründeten Falkengruppe in Ramersdorf bei. 1949 bekam sie eine Stelle im Landesentschädigungsamt für rassistisch und politisch Verfolgte: Die meist unsägliche Not dieser Menschen wie auch die sichtbare Ungerechtigkeit beeinflussten sie in ihrem Denken ebenfalls nachhaltig.

In den frühen 1950er Jahren trat sie in die SPD ein, die sie aber schon 1957 aus Protest gegen die Wiederbewaffnung wieder verließ. Gemeinsam mit der Mutter, später mit ihrem Mann unterstützte sie die Anti-Atombewegung, demonstrierte gegen Atomwaffen, war bei den Abrüstungskampagnen dabei und nahm an den Antikriegstagen, bei allen Ostermärschen, den 1. Mai-Kundgebungen teil. Sie arbeitete ehrenamtlich bei W.O.M.A.N., der Weltorganisation der Mütter aller Nationen, und wurde Mitglied der IFFF, von Amnesty International, des Deutschen Freidenkerverbandes und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes; sie arbeitete mit für die UN-Reform, die Resolution 1325. Und sie hätte gerne noch viel mehr gemacht.

Neben dem gemeinsamen politischen Engagement führten Maxi und Hans Besold, den sie 1968 heiratete, ein intensives privates Leben. Sie hatten sich bei den Naturfreunden kennengelernt und blieben Naturfreunde lebenslang, sie waren der Natur zugeneigte, lebensfrohe Menschen, begeisterte Radfahrer, Bergsteiger, Skifahrer und bereisten in ihrem Campingbus die Welt. Auch zu Hause hatte Maxi große Freude an schönen Dingen, wie z. B. an ihrem blumenreichen Balkon, und sie pflegte viele persönliche Freundschaften.

1982 ging Maxi Besold in Rente – und sie begann buchstäblich ein zweites Leben. Sie, historisch wissensdurstig und sich nie den Gegebenheiten bequem ergebend, wurde Mitglied im Archiv der Münchner Arbeiterbewegung, trat wieder in die SPD ein und entdeckte ihre Fähigkeit, Vorträge und Ausstellungen über vergessene oder verfemte, fast immer „linke“ Frauen oder über WiderstandskämpferInnen zu erarbeiten. Sie ging in Schulen und in Vereine, diskutierte, recherchierte, besuchte Seminare und gab Interviews. Besondere Verehrung brachte sie Rosa Luxemburg entgegen – schon in der Küche ihrer Mutter hing deren Portrait wie auch später in ihrer eigenen Wohnung. Deren Ideen und Handeln wurden für Maxi Besold zum großen Vorbild. Dieser bewundernswerten Frau widmete sie viel Zeit und Kraft, um sie in Vorträgen und einer eindrucksvollen Ausstellung lebendig werden zu lassen. Von München aus zog die Rosa-Luxemburg-Ausstellung durch ganz Deutschland; das heißt, Hans Besold, der verlässliche Mitarbeiter, Begleiter und Berater, transportierte mit ihr das Material im eigenen Bus von Stadt zu Stadt.

Der hartnäckige Kampf für die ArbeiterInnen, der Kampf für Frauenrechte, das immerwährende leidenschaftliche Eintreten für Frieden und gegen jegliche Militarisierung waren die



unerschütterlichen Ziele, für die sie sich in vielen größeren und kleinen Aktionen und Projekten einsetzte, immer gemeinsam mit ihrem Mann Hans.

Zu ihrem 80. Geburtstag, den auch die Münchner Ligafrauen mit ihr feierten, wurde sie als außergewöhnliche und liebenswürdige Frau gewürdigt. Sie erhielt von der Stadt die Medaille „München leuchtet“. Sechs Jahre später erkrankte sie an Krebs. Der kleinen, zierlichen Frau und großen Kämpferin für eine gerechtere und friedlichere Welt fiel es schwer, die Hoffnung und den Kampf gegen ihre schwere Krankheit aufzugeben. Sie starb kurz nach ihrem 86. Geburtstag am 27. November 2007.

Terminhinweise

München

17.11.2013 11:00 - 14:00 Uhr

Jürgen Grässlin: Schwarzbuch Waffenhandel – Wie Deutschland am Krieg verdient
Autorenlesung mit **Jürgen Grässlin** aus seinem neuen Buch *Schwarzbuch Waffenhandel*:

Unsere Politiker beschwören den Frieden und betreiben den Krieg: Deutschland ist der weltweit drittgrößte Waffenexporteur – und macht auch vor Lieferungen an verbrecherische Regime und Diktatoren nicht halt. Jürgen Grässlin deckt auf, wer die Profiteure dieser Kriegswirtschaft sind. Er nennt Industrieunternehmen und deren Manager beim Namen. Er zeigt, wer in der Politik – quer durch fast alle Parteien – die Exporte genehmigt, und wie Banken das alles finanzieren. Grässlin bringt neue, hochbrisante und profund recherchierte Fakten auf den aktuellen Stand: Ein Augenöffner, der schonungslos aufzeigt, wie tief Deutschland in die globale Tötungsmaschine verstrickt ist.

Veranstaltungsort: EineWeltHaus München, Schwanthalerstr. 80, 80336 München

Raum: Großer Saal E01

Veranstalter: Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit & Münchner Friedensbündnis

Eintritt: frei - Spenden erwünscht

Kategorie: Lesung und Diskussion

Kontakt: obermayer@wilpf.de

Berlin

12.12.2013 11:30 – 17:30 Uhr

Arbeitstreffen mit Medea Benjamin zum Thema „Drohnen“

Anlässlich des Besuchs von Medea Benjamin findet am 12.12.13 im IALANA-Büro in Berlin um 11:30 h ein Arbeitstreffen zum Thema statt. Medea Benjamin ist Mitbegründerin von „Code Pink Women for Peace“ und eine führende Aktivistin in der US-Anti-Drohnen-Bewegung. Ihr jüngstes Buch „Drohnen-Krieg. Tod aus heiterem Himmel. Morden per Fernbedienung“ ist kürzlich auf Deutsch im Laika-Verlag erschienen. Das Treffen soll eine



Plattform bieten, um international Erfahrungen auszutauschen und in unseren Anstrengungen gegen den Einsatz von Drohnentechnologie in Kriegsführung, Überwachung und Unterdrückung voneinander zu lernen.

Veranstaltungsort: Offices of IALANA and INES, Marienstr. 19/20, 10117 Berlin

Raum: Großer Saal E01

Veranstalter: Code Pink, Drone Campaign Germany, Peace Coordination Berlin, International Network of Engineers and Scientists for Global Responsibility (INES), International Association of Lawyers against Nuclear Arms, German Section (IALANA)

Sprache: Englisch

Kategorie: Arbeitstreffen

Weitere Informationen: <http://www.ialana.de/aktuell/veranstaltungen>

Kontakt: drones@ialana.de

Dokumentation: Press release: UN Security Council adopts new resolution, urges women's full inclusion in peace talks and transitional justice

For immediate release Date: 18 October 2013

The UN Security Council today demonstrated renewed determination to put women's leadership at the centre of all efforts to resolve conflict and promote peace. By unanimous vote, the Council adopted a resolution that sets in place stronger measures to enable women to participate in conflict resolution and recovery, and puts the onus on the Security Council, the United Nations, regional organizations and Member States to dismantle the barriers, create the space, and provide seats at the table for women.

In his opening remarks, UN Secretary-General Ban Ki-moon commended the Security Council for today's resolution that shines a light on the importance of women's agency and leadership in international peace and security.

UN Women Executive Director, Ms. Phumzile Mlambo-Ngcuka, along with Ms. Navi Pillay, the High Commissioner for Human Rights, and Ms. Brigitte Balipou, Board member of Femmes Africa Solidarité and founder of the Association of Women Jurists of the Central African Republic, briefed the Security Council and presented the findings of the Secretary-General's 2013 report on women and peace and security

(<http://www.unwomen.org/~media/Headquarters/Attachments/Sections/News/In%20Focus/Open%20Debate%20on%20WPS%202013/2013%20SG%20report%20on%20WPS%20pdf.pdf>).

Addressing the UN Security Council, UN Women Executive Director Ms. Mlambo-Ngcuka highlighted women's catalytic role in conflict resolution

(<http://www.unwomen.org/en/news/stories/2013/10/ed-speech-on-women-peace-security>).

"Women's leadership is central to reconciliation and conflict resolution and to peacebuilding efforts that bring results for families and communities. That is why I welcome today's resolution on women's peace leadership," she said.

Adopted during a day-long debate on women, peace and security, convened under the Presidency of Azerbaijan, focusing on women, rule of law and transitional justice in conflict-affected situations, this new resolution – Security Council resolution 2122 (http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/RES/2122%282013%29) – puts in place a roadmap for a more systematic approach to the implementation of commitments



on women, peace and security. Concretely, these measures include: the development and deployment of technical expertise for peacekeeping missions and UN mediation teams supporting peace talks; improved access to timely information and analysis on the impact of conflict on women and women's participation in conflict resolution in reports and briefings to the Council; and strengthened commitments to consult as well as include women directly in peace talks.

The resolution recognizes that the impact of conflict on women is exacerbated as a result of inequalities. For example, because of unequal citizenship rights and a lack of access to identity documents women and their children may be rendered stateless, lack access to basic services for survival or lack the ability to reclaim land and property, post-conflict.

The resolution makes some unprecedented advances. It addresses the rights of women who are pregnant as a result of rape during conflict. The international community has recognized through this resolution the need to ensure that humanitarian aid includes support for access to the full range of sexual and reproductive health services, including regarding pregnancies resulting from rape.

Lastly, the resolution places gender equality and women's empowerment as critical to international peace and security, underlining that the economic empowerment of women greatly contributes to the stabilization of societies emerging from armed conflict.

The annual report of the UN Secretary-General on women and peace and security, S/2013/252

(<http://www.unwomen.org/~media/Headquarters/Attachments/Sections/News/In%20Focus/Open%20Debate%20on%20WPS%202013/2013%20SG%20report%20on%20WPS%20pdf.pdf>) shows progress and good practices over the past year. There is more awareness than ever of the catastrophic impact of sexual and gender-based violence in war and the need to prevent it. In peacekeeping contexts, there is a marked increase in the number of practical actions and directives guiding military and police components to address women's security. This includes deployment of gender advisers and experts to UN mediation teams or in post-conflict planning.

International Commissions of Inquiry now routinely include gender crimes investigators, as seen in those established most recently in the context of Côte D'Ivoire, Libya, North Korea and Syria. Historic appointments of women leaders to senior peace and security positions have been made and include Ms. Aïchatou Mindaoudou Souleymane, who became the first woman UN chief mediator, for Darfur. In March this year, Ms. Mary Robinson became the first woman UN Special Envoy when the UN Secretary-General appointed her as Special Envoy for the Great Lakes region of Africa.

Yet, the report notes with concern that results remain uneven and insufficient. Ms. Mlambo-Ngcuka urged stronger action and collaboration. "This resolution puts the onus on all of us – the Security Council, the United Nations, regional organizations and Member States – to create the space and provide seats at the peace table for women. I am committed to working with all of you so that we can see better results."

More information on women's efforts for peace and security:

<http://www.unwomen.org/en/news/in-focus/open-debate-on-women-peace-and-security-2013>



Media Contacts:

Oisika Chakrabarti, Oisika.chakrabarti@unwomne.org, +1 646 781-4522 Hadrien Bonnaud, hadrien.bonnaud@unwomen.org, +1 646 781-4751

WILPF Deutsche Sektion: www.wilpf.de
WILPF Internationales Büro: www.wilpfinternational.org
WILPF Projekt „Peace Women“: www.peacewomen.org
WILPF Projekt „Reaching Critical Will“: www.reachingcriticalwill.org